

STADT STEINBACH (TAUNUS)

DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.	VL-30/2022/XIX
Federführende Abteilung:	3 Amt für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
Sachbearbeiter:	Alex Müller
Datum:	31.01.2022

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	14.02.2022	

Betreff:

**Gemeinsamer Antrag von FDP, SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2022:
Frankfurter Neubaugebiet westlich der A5**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss vom 28.8.2017 und lehnt ein Frankfurter Neubaugebiet westlich der A5 in der Nachbarschaft von Steinbach weiterhin ab. Sie beauftragt den Magistrat und seine Mitglieder, alle Möglichkeiten zu nutzen, diese eindeutige Haltung in allen relevanten Gremien zu vertreten und auch direkt an die neue regierende Koalition Frankfurts zu kommunizieren.

Begründung:

Nach umfangreichen Diskussionen in den Jahren 2018 und 2019, Demonstrationen und ablehnenden Stellungnahmen aller anliegenden Kommunen Eschborn, Steinbach und Oberursel sowie der Kreise Hochtaunus und Main-Taunus hat die Regionalversammlung Südhessen (RVS) in ihrem Beschluss vom 13. Dezember 2019 Kriterien für ein neu zu erarbeitendes Regionales Entwicklungskonzept Südhessen (REK) beschlossen. Mit diesen Kriterien wird Eingriffen in regionale Grünzüge und Kaltluftentstehungsgebiete eine Absage erteilt, was somit indirekt eine Bebauung westlich der Autobahn A5 ausschließen würde und zugleich auch die Möglichkeiten für eine Bebauung östlich der Autobahn A5 deutlich eingeschränkt.

Die Stadt Frankfurt hat ihre Planungen zwischenzeitlich konkretisiert, um die Eingriffe in die regionalen Grünzüge zu reduzieren, sie hält aber weiterhin daran fest, auch westlich der Autobahn A5 eine beachtliche Siedlung mit dem Arbeitstitel Steinbach-Ost zu planen. Diese Planung würde im Fall der Umsetzung unser Steinbach negativ beeinflussen und faktisch die Eigenständigkeit der Stadt gefährden. Die Auswirkungen einer neuen Trabantenstadt direkt angrenzend an die Stadtgrenze Steinbachs wären immens und überwiegend schädlich für die bestehende Infrastruktur Steinbachs (Schule, Geschäfte, Verkehr usw.).

Die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen werden laut Auskunft des Frankfurter Planungsamtes Anfang 2022 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorgelegt. Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der im Römer vertretenden Fraktionen den Beginn einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme beschließen wird. Deshalb bringen wir auf diesem Weg nochmals unsere ausdrückliche Ablehnung der Frankfurter Baupläne zum Ausdruck und werden alle Gelegenheiten nutzen, dies in den zuständigen Gremien zu platzieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Kai Hilbig	Moritz Kletzka	Christian Breitsprecher	Sabine Schwarz-Odewald
FDP Fraktion	SPD Fraktion	CDU Fraktion	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen